



Vorlage-Nr. 1329/2018

ZUKÜNFTIGE GRÜNPFLERGE UND GRÜNPLANUNG IN DER MAINZER ALTSTADT ANGESICHTS DES KLIMAWANDELS

Anfrage für die Ortsbeiratssitzung am 29.08.18

Die dramatischen Folgen der massiv zunehmenden Extrem-Sommer seit der Jahrtausendwende lassen sich in diesem Jahr für jeden Bürger und jede Bürgerin mehr als deutlich besonders in der Mainzer Altstadt beobachten. Dabei wird auch deutlich, dass die starken Einsparmaßnahmen der letzten Jahre gerade im Bereich von Grünpflege und Grüngestaltung drastische Folgen zeigen.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Wie viele Fahrzeuge mit Wassertanks zur Bewässerung der Bäume, Beete und Grünanlagen stehen für die Altstadt zur Verfügung? Erachtet das Grünamt die Anzahl für ausreichend? Wie viel Personalstellen stehen derzeit zur Bewässerung zur Verfügung? Wie viele zur Grünpflege? Erachtet das Grünamt die Personalstellen für ausreichend?
2. Gibt es bereits eine erste Bilanz der Hitze-/Trockenschäden bzgl. Bäumen, Pflanz- und Grünflächen? Falls nicht, bis wann ist damit zu rechnen?
3. Ist finanziell und personell sichergestellt, dass mit einem zeitnahen Ersatz vertrockneter Bäume, Büsche und Pflanzen in der Mainzer Altstadt zu rechnen ist?
4. Beabsichtigt die Verwaltung angesichts der zunehmenden Bedeutung von Grünflächen und Bäumen für die Klimabilanz in den Innenstädten eine personelle und sächliche Verbesserung des Grünamts? Falls nein, warum nicht?
5. 2004 wurde eine Grünpflegekonzeption vom Stadtrat beschlossen, die die Grünflächen und Straßenbäume in "Kernflächen" und "weitere Flächen" aufteilt, um die Pflegeintensität bei begrenzten zur Verfügung stehenden Mitteln festzulegen. Diese Konzeption ist bis 2011 sechs mal angepasst worden, um Flächenzunahme und Budgetänderungen zu berücksichtigen. Seit der letzten Anpassung sind weitere Grünflächen — auch in der Altstadt — hinzu gekommen bzw. z.T. durch private Spenden (Christophskirche) aufgewertet worden. Welcher Anpassungsbedarf besteht zwischenzeitlich für eine Änderung der Grünpflegekonzeption um diese Entwicklungen zu berücksichtigen? Inwieweit ist die für „weitere Flächen“ vorgesehene Pflegeintensität ausreichend, damit der Grünbestand Hitze- und Trockenperioden wie im Sommer 2018 ohne dauerhaften Schaden überstehen kann?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Kosten-Nutzen-Bilanz der gegenwärtigen starken Nutzung von Grünflächen (Kaiserstraße: Tag der deutschen Einheit mit wochenlangem Vorlauf und danach monatelanger Dauer bis zur Sanierung, Ernst Ludwig Platz: Landtagsfest, Rheinufer + Fischtorplatz: Frühjahrsmesse, Bierbörse, diverse Weinfeste, Johannisfest, Sommerlichter, Stadtpark: Weinmarkt) für Veranstaltungen aller Art in der Mainzer Altstadt? Wie hoch sind die Kosten der fachgerechten (!!!) Sanierung der beschädigten Grünflächen und zu wie langen Sperrungen dieser Grünflächen führt dies (Vorbereitung bis zur Wiederfreigabe nach der Sanierung)? Welche Beeinträchtigungen bzgl. Naherholung für die hier lebenden BürgerInnen gehen damit aus Sicht



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion im Ortsbeirat
Mainz-Altstadt

der Verwaltung einher?

7. Hält die Verwaltung die Größe der Grünflächen in der Mainzer Altstadt für ausreichend, vor allem im Hinblick auf den Klimaschutz? Falls ja, bitte Begründung!
8. Welche konkreten Konsequenzen hinsichtlich zukünftiger Grünplanung in der Mainzer Altstadt zieht die Verwaltung aus dem fortschreitenden Klimawandel? Falls keine, warum nicht?
9. Wie schätzt die Verwaltung die Möglichkeit der Schaffung einer Ideenbörse unter Beteiligung interessierter BürgerInnen Entwicklung kostengünstiger und auch kurzfristig umsetzbarer Maßnahmen zum städtischen Klimaschutz ein?
10. Sind der Verwaltung die Beratungsmöglichkeiten für die Kommunen zum Thema Klimaschutz durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn und das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung am Umweltbundesamt in Dessau bekannt (siehe beigefügter Artikel aus der FAS vom 12.08.18)? Falls ja, was hat die Verwaltung bisher in die Wege geleitet? Falls nein, wird die Verwaltung den dortigen Sachverstand für die Entwicklung eines Klimaplanes (siehe Beispiel Ludwigsburg im gleichen Artikel) in Anspruch nehmen? Falls nein, warum nicht?

Renate Ammann, Sprecherin Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN